

zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat beurteilen.

Wenn auch viele beigetretene Priester in ihrer Mitarbeit das *kleinere Übel* sehen mögen, so ist dennoch mit der Aktivität der Bewegung eine dreifache Gefahr gegeben: 1. könnte sie dazu beitragen, den Klerus zu spalten, die Bischöfe zu isolieren und den Einfluß der Partei in der kirchlichen Führung zu erleichtern, 2. wird durch die neue Bewegung die Einschleusung von Aktivisten in die höheren kirchlichen Positionen vermutlich um einiges selbstverständlicher, 3. wird die Partei sehr nachdrücklich bestrebt sein, vakante Bischofssitze aus den Reihen der Friedenspriester zu besetzen.

Behinderung der Seelsorge

Trotz des politischen Erfolges, den die staatliche Führung mit der Neugründung der Friedenspriesterbewegung für sich buchen kann, wurde der administrative Druck auf das kirchliche Leben in den letzten Monaten noch verschärft. So wurde seit Herbst 1971 die *Anmeldung zum Religionsunterricht* in den Schulen durch kaum verhüllte Drohungen der Direktoren an die Adresse der Eltern erheblich erschwert. Die Lehrer an den Schulen sind durch neu erlassene Richtlinien des ZK auf die erzieherischen Grundsätze der KPČ verpflichtet worden. Als Folge davon gingen die Anmeldungen für das laufende Schuljahr zum Teil bis über 80% zurück.

Für die beiden *Priesterseminare in Leitmeritz und in Preßburg* wurde *erneut der Numerus clausus* eingeführt, so daß in Leitmeritz von 67 Kandidaten, die sich rechtzeitig im Frühjahr 1971 zum Eintritt gemeldet hatten, nur 34 und in Preßburg von 120 ganze zwölf aufgenommen wurden. Ein allgemeines Aufnahmeverbot besteht für alle, die bereits einen Beruf erlernt haben. Damit wird den Spätberufenen der Weg zum Priestertum verschlossen. So waren z. B. noch im Sommer 1968 von 21 Weiekanidaten in Leitmeritz vier über 30 und sechs über 40 Jahre alt. Und in Preßburg hatten im Sommer 1971 von 36 Weiekanidaten zehn das vierzigste und sechs weitere das dreißigste Lebensjahr überschritten. Das bedeutet eine gründliche Verschlechterung der ohnehin schon bedrücken-

den Situation: In den böhmischen Diözesen sind nach dem Stand von 1970 gut die Hälfte der Pfarreien unbesetzt.

Darüber hinaus werden *Neueinstellungen von Seelsorgern* nur dann genehmigt, wenn ein anderer, obwohl noch arbeitsfähig und arbeitswillig, um seine Versetzung in den Ruhestand nachsucht. So ließ z. B. der zuständige Kirchensekretär das Gesuch um Erteilung der staatlichen Erlaubnis zur Erstanstellung der Neupriester des Weihejahrgangs 1971 ein halbes Jahr lang unbeantwortet und machte den Rücktritt anderer Seelsorger zur Vorbedingung der Erlaubnis.

Die Ziele der Partei

Neu ist die *Einschaltung kirchlicher Persönlichkeiten und Institutionen in die Wahlkampagne* Ende vergangenen Jahres. Anlässlich der Neuwahlen zur Volkskammer, zur Nationalkammer, zum tschechischen und slowakischen Nationalrat und den nationalen Komitees auf Kreis-, Bezirks- und Regionalebene erließen die Bischöfe und Kapitelsvikare einen gemeinsamen Hirtenbrief, die Friedenspriesterbewegung einen Wahlaufufruf. In die „Wahlvorbereitung“ wurden aber auch die Caritas und

Ordensfrauen durch Aufrufe und Hinweise in Presse, Funk und Fernsehen „eingeschaltet“. Daß solche Aufrufe z. T. propagandistisch mißbraucht wurden, konnte kaum ausbleiben.

Trotz dieser zunehmenden Verschärfung ist es bisher nicht zu einer offenen Kirchenverfolgung wie in den 50er Jahren gekommen. Presse, Rundfunk und Fernsehen enthielten sich bisher weitgehend der Angriffe gegen Kirche und Religion, wenn auch die Preßburger „Pravda“ in jüngster Zeit die psychologisch und gesellschaftlich schädlichen Auswirkungen der Religion erneut attackiert hat. Der Kampf hat im allgemeinen „feinere“, aber deshalb nicht ungefährlichere Formen angenommen. Einerseits braucht man die Kirche innenpolitisch aus Gründen der inneren Befriedung. Man darf von ihr keine Bevölkerungsschicht, auch die gläubigen Christen, nicht ausschließen. Andererseits fürchtet man den Einfluß der Kirche und ihren nicht zu unterschätzenden Rückhalt im Volk, der während des Prager Frühlings offenkundig geworden ist. Man will ihn daher schwächen oder ausschalten. Man meidet die offene Konfrontation, aber beschneidet ihre Selbständigkeit durch minutiöse Reglementierung und hungert sie geistig und politisch aus.

Reformkurs im spanischen Episkopat

Seit der 16. Plenarsitzung der spanischen Bischofskonferenz, die in der zweiten Märzwoche in Pinar de Charnartin bei Madrid stattfand, sieht man in der spanischen Kirche wieder etwas klarer. Schon die Vorgeschichte dieser Sitzung hatte auf ihren Stellenwert innerhalb der spanischen Innenpolitik hingedeutet. Mittelpunkt des Interesses und der allgemeinen Verwirrung in der spanischen Öffentlichkeit war in den Tagen vor Beginn der Sitzung ein sog. „offizielles Dokument“ der römischen Kleruskongregation gewesen, in dem die Beschlüsse der spanischen Klerusversammlung (Asamblea Conjunta) (vgl. HK, Dezember 1971, 562f.) verurteilt wurden. Durch dieses Dokument sollten die Bischöfe, auf deren Tagungsordnung die Formulierung einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Klerusversammlung stand, offensichtlich verunsichert und ge-

bremst werden. Kardinal V. *Enrique y Tarancón*, der Erzbischof von Madrid und seit dem Tode von Erzbischof Morcillo interimistischer Vorsitzender der Bischofskonferenz, konnte nach einem Gespräch mit Papst Paul VI. und Kardinalstaatssekretär Villot, der eine beschwichtigende offizielle Stellungnahme zu dem „Dokument“ abgab, noch vor Beginn der Sitzung Klarheit in dieser Situation schaffen (vgl. HK, April 1972, 204). Das dubiose Dokument, dessen theologischer Gehalt mittlerweile von spanischen Theologieprofessoren stark in Frage gestellt wurde, war offensichtlich unter dem Einfluß spanischer Konsultoren innerhalb der Kleruskongregation entstanden, deren Sekretär, Erzbischof P. *Palazzini*, selbst zu der in der spanischen Regierung dominierenden Laienbewegung Opus Dei gehört.

Die Bischofskonferenz bekennt sich zum Reformkurs

Als wichtigstes Ergebnis der 16. Sitzung der Bischofskonferenz darf das Communiqué gewertet werden, das nach ihrem Abschluß veröffentlicht wurde, von wichtigen spanischen Informationsorganen aber bezeichnenderweise in manipulierter Form wiedergegeben wurde. In dem Communiqué heißt es wörtlich: „Die spanische Bischofskonferenz bestätigt ihre in der Sitzung vom vergangenen Dezember gefällte Entscheidung, die Ergebnisse der Klerusversammlung der Priester und Bischöfe, die sie bereits damals als ‚positives und dynamisches Ereignis im Leben der spanischen Kirche‘ bezeichnet hatte, auf nationaler Ebene in die Praxis zu überführen.“

Zu diesem Zweck hat sie die Verteilung der besagten Ergebnisse auf die verschiedenen bischöflichen Kommissionen beschlossen, um ihre Überarbeitung innerhalb der jeweiligen Kompetenzbereiche zu ermöglichen. Diese Aufgabe muß im Streben nach Vervollkommnung geleistet werden, welches eine der Hauptrichtlinien der Bischofskonferenz darstellt. Es werden daher stets die gültigen Normen, die Lehren des Konzils, die päpstlichen Enzykliken und die jüngsten Ergebnisse der Synode berücksichtigt werden.“

Im Anschluß an diese Mitteilung wurde auch zu der sog. „Studie“ der römischen Kleruskommission Stellung genommen, deren wirkliche Bedeutung aus dem Brief des Kardinalstaatssekretärs an den Präsidenten der spanischen Bischofskonferenz klar hervorgehe: für sie sei weder die Zustimmung des Heiligen Vaters eingeholt worden, noch sei sie dem Staatssekretariat bekannt gewesen und habe daher keinerlei normativen Charakter.

Die Bischofskonferenz bedauerte daher ausdrücklich die „Machenschaften“ in Zusammenhang mit dieser Studie, insbesondere die „verwerflichen Informationsfilter, die tendenziösen Blickwinkel in der Darstellung und die vorsätzlichen Zweideutigkeiten, die die öffentliche Meinung verwirrt haben“.

Zum Abschluß des Communiqués bestätigten die Bischöfe ihr ungebrochenes Vertrauen in Klerus und Laien der spanischen Kirche. Wörtlich heißt es: „Der Episkopat möchte vor der

Gemeinschaft der spanischen Katholiken öffentlich die Freude und Überzeugung zum Ausdruck bringen, die in ihm das in dieser Situation durch Papst Paul VI. bestätigte Vertrauen bewirkt hat.“ In enger Verbundenheit mit ihm seien die Bischöfe von Spanien „entschlossen, ohne Zögern die konziliare Erneuerung der Kirche in unserem Land fortzusetzen“ (zit. nach *Vida Nueva*, No 824/25, 18. bis 25. März 1972, S. 11).

Abgesehen von diesem Communiqué, das wegen verlängerter Sitzung und vorzeitiger Abreise einzelner Bischöfe nur von 51 von 75 Bischöfen unterzeichnet wurde und das die Diskussion vieler Monate zusammenfaßt, kommt dieser Sitzung der Bischofskonferenz auch aufgrund wichtiger personalpolitischer Veränderungen in den einzelnen Arbeitskommissionen und einer gewissen Veränderung in der Gesamtstruktur starke Bedeutung zu. Als Präsident der Bischofskonferenz wurde der Madrider Kardinal *Enrique y Tarancón*, der bereits bisher die Bischofskonferenz interimistisch leitete, mit 52 Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Wahl bedeutete eine erste Entscheidung der Bischofskonferenz für eine reformwillige Linie. Vizepräsident wurde (mit 72 Stimmen fast einstimmig) der Erzbischof von Sevilla, Kardinal *J. M. Bueno Monreal*. Eine nicht minder wichtige Änderung ist die Abwahl des bisherigen Sekretärs, des Madrider Weihbischofs *J. Guerra Campos*, der nur 33 Stimmen erhielt. Er unterlag knapp dem Weihbischof von Oviedo, *E. Yanes Alvarez*, der mit 41 Stimmen gewählt wurde. *Guerra Campos*, der als Wortführer des francofreundlichen Flügels während der *Asamblea Conjunta* Aufsehen erregt und zuletzt eine Schlüsselrolle in der Intrige um das „römische Dokument“ gespielt hatte, erhielt damit einen Nachfolger, der zur Kerngruppe reformwilliger Bischöfe gezählt wird und von dem erwartet wird, daß er die „postkonziliare Linie“ unterstützen wird.

Neu bestellt wurden auch sämtliche Kommissionsvorsitzende. Das Wahlergebnis brachte hier nur in zwei Fällen eine Überraschung. Einmal bei der Wahl des neuen Bischofs von Cadix, *Dorado Soto*, der als einer der jüngsten Bischöfe (40) an die Spitze einer der wichtigsten und in letzter Zeit vielumstrittenen Kommissionen, der Kommission für das

Laienapostolat, gestellt wurde. Umgekehrt hatte man kaum mit der Wahl des spanischen Primas und Erzbischofs von Toledo, *M. González Martín*, der sich gegenüber den Reformbestrebungen der spanischen Kirche stets äußerst zurückhaltend gezeigt hat, zum Vorsitzenden der nicht minder wichtigen Kleruskommission gerechnet, die unter der Leitung von Kardinal *Tarancón* eine der treibenden Kräfte in der *Asamblea Conjunta* gewesen war. Kirchliche Beobachter konnten in den letzten Wochen den Beginn einer gewissen *Polarität zwischen Kardinal Enrique y Tarancón und dem neuen Erzbischof von Toledo* feststellen. Entgegen den Empfehlungen der Klerusversammlung, die spanischen Bischöfe sollten in Zukunft politische Ehrenämter grundsätzlich ablehnen, hat *González Martín* am 23. 3. 1972 seinen Sitz im spanischen Staatsrat eingenommen. Er begründete diesen Schritt mit dem Argument, seine Vorgänger hätten es ebenso gemacht, und erklärte wörtlich: „Ich liebe die Unabhängigkeit der Kirche, aber ich bin der Ansicht, daß eine beiderseitige respektvolle Zusammenarbeit sowohl für die Kirche als auch für das spanische Volk von Vorteil sein kann.“ In einem kürzlich veröffentlichten Hirtenbrief hat der Erzbischof von Toledo die Ergebnisse der *Asamblea Conjunta*, in ähnlicher Weise, wie es in dem „römischen Dokument“ geschehen ist, als fragwürdig, ja als „häretisch“ bezeichnet.

Eine aufsehenerregende Rede des Nuntius

Nicht weniger Aufsehen als die Affäre mit der römischen Studie und die Neubesetzung der führenden Positionen im Episkopat erregte in der spanischen Öffentlichkeit die vor der Bischofskonferenz gehaltene Rede des päpstlichen Nuntius in Spanien, Erzbischof *L. Dadaglio*. In einem auf zahlreichen Zitaten aus päpstlichen Enzykliken aufgebauten Referat kommentierte der Nuntius folgende Thesen:

- Eine der wichtigsten Aufgaben der Kirche besteht darin, ihre Freiheit gegenüber jeder irdischen Gewalt zu bewahren und zu verteidigen und so ein Symbol der Freiheit aller Menschen zu sein.
- Innerhalb ihrer Sendung besitzt die Kirche das Recht und die Pflicht, sich — immer in der

Weise, wie es das Evangelium vorschreibt — mit den zeitlichen Realitäten auseinanderzusetzen.

— In diesem Zusammenhang wahrt die Kirche den Gehorsam und die Hochachtung, die den weltlichen Autoritäten innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches und im Rahmen gerechter Gesetze zusteht.

— Die Kirche darf sich nicht in das einmischen, was in den eigentlichen und ausschließlichen Kompetenzbereich des Staates gehört, noch eine gesunde Kooperation mit dem Staat im Dienste aller Bürger zurückweisen. (Wortlaut in „Ecclesia“, 18. 3. 72.)

Der Nuntius kam zu dem Schluß, daß man der Kirche keine Einmischung in die Politik vorwerfen dürfe, wenn sie sich aus der Abhängigkeit von irdischen Gewalten befreie und offen zu den Realitäten der Welt Stellung nehme. Damit hat der Nuntius Kritikern aus dem Regierungslager geantwortet, die in mehreren öffentlichen Vorträgen der Kirche vorgeworfen hatten, sie kümmerne sich zunehmend um Dinge, die sie nichts angingen, und mische sich in die Politik ein.

Eine Erklärung des Bischofs von El Ferrol

Wie der spanische Staat reagiert, wenn sich die Kirche seiner Ansicht nach in die Politik einmischt, das konnte bereits angesichts der verfälschten Berichterstattung bzw. Informationssperre über die Ergebnisse der Asamblea Conjunta im vergangenen Herbst beobachtet werden.

Ein anderes Exempel lieferten die schweren *Unruhen in der nordspanischen Hafenstadt El Ferrol*, wo bei einer Auseinandersetzung zwischen der Guardia Civil und streikenden Arbeitern in der staatlichen Schiffswerft Bazan zwanzig Demonstranten niedergeschossen wurden, von denen zwei starben. Die spanische Regierung setzte die Werft unter Kriegsrecht. Darauf kam es in ganz Spanien zu Sympathiestreiks und zu Studentenkundgebungen, die zahlreiche Verhaftungen und Fakultätsschließungen in Madrid und Nordspanien auslösten. Auch kirchlicherseits wurde zu diesen Vorgängen nicht geschwiegen. Der Bischof von Mondoñedo-Ferrol, *M. Araujo Iglesias*, hat in einer Erklärung zu den Vorgängen in El Ferrol Stellung genommen, die

in allen Kirchen seiner Diözese verlesen wurde. Darin wurde das Vorgehen der Polizei scharf kritisiert und das spanische Regime für den Tod der Arbeiter mitverantwortlich gemacht, weil es der Arbeiterschaft das Recht vorenthalte, ihre Forderungen auf legalem Weg vorzubringen und durchzusetzen.

„Man kann ein Arbeitsproblem (gemeint ist hier die Forderung nach einem eigenen Tarifvertrag durch die Arbeiter der Werft Bazan) nicht beseitigen, indem man es als Subversion betrachtet, wo es doch hier um die Existenz selbst geht“, sagte der Bischof. „Es ist eine himmelschreiende und unerträgliche Ungerechtigkeit, die sich nicht wiederholen dürfte, wenn mitten in der Diskussion um ein gemeinsames Abkommen die Vertreter der Arbeiterschaft von den Arbeitgebern entlassen werden... Wir wünschen und fordern mit aller Kraft unserer Worte und unserer Person, daß diese Toten die letzten sein mögen; daß man, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, adäquate Maßnahmen ergreifen möge, wie sie in modernen Gesellschaften gebräuchlich sind, ohne gegen wehrlose Massen Waffen einzusetzen...; daß die Verantwortlichen der staatlichen Gewalt und der wirtschaftlichen Macht endlich anfangen, angemessene Möglichkeiten des Dialogs und der Mitbestimmung zu schaffen, was sie bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht getan haben.“ Aber erwartungsgemäß war den spanischen Zeitungen vom Informationsministerium untersagt worden, den Text dieser Predigt zu veröffentlichen. Übrigens wurde neben der letzten Nummer der Carlisten-Zeitschrift

Esfuerzo Commun auch wieder die Aprilnummer der kath. spanischen Kulturzeitschrift *Cuadernos para el Diálogo* vom Informationsministerium beschlagnahmt, weil die Redaktion versucht hatte, die Vorgänge von El Ferrol ausführlicher zu behandeln und den Text der Bischofs-erklärung wiederzugeben.

Gemäßigte Evolution zu erwarten

Alle diese Vorgänge können für die spanische Bischofskonferenz nur ein Warnzeichen dafür sein, daß bei einer Erneuerung der spanischen Kirche nur mit der äußersten taktischen Klugheit vorzugehen ist, insbesondere in Fragen eines sozialen Engagements der katholischen Kirche. Die gegenwärtige Struktur der Bischofskonferenz scheint für eine gemäßigte Evolution der spanischen Kirche zu garantieren. Zwar sind die jüngeren Bischöfe in stärkerer Anzahl und in zahlreichen Kommissionen vertreten, und die Gruppe der Konservativen erscheint durch den Ausschluß der pensionierten Bischöfe im vergangenen Dezember geschwächt; dennoch beträgt gegenwärtig das Durchschnittsalter innerhalb der Bischofskonferenz 59 Jahre. Was die ständige Kommission und das Exekutivkomitee der Bischofskonferenz betrifft, so haben keine Vertreter „extremer“ Positionen Eingang in sie gefunden, sondern es kann von einer gemäßigten Spitze gesprochen werden, die weit homogener erscheint als früher. Und dies dürfte ein geeigneter Ausgangspunkt und ein günstiges Vorzeichen für die geplanten Reformen sein.

Die Bischöfe Südafrikas verurteilen die Apartheid

Die jüngsten, zum Teil aufsehen-erregenden Zusammenstöße zwischen Kirchenvertretern der verschiedensten Denominationen in Südafrika (denen vor allem Widerstand gegen die Rassengesetze zur Last gelegt wird) und der Regierung dieses Landes haben gezeigt, daß sich innerhalb einer ganzen Reihe südafrikanischer Kirchen eine Entwicklung anbahnt, die zu einem totalen Verzicht der Kirchen auf ihre bislang privilegierte Stellung in diesem Staat führen

könnte. Die Bereitschaft, nicht mehr länger um jeden Preis unter dem Schutz eines fragwürdig gewordenen politischen Systems und der herrschenden Bevölkerungsgruppe in Südafrika in Ruhestellung zu verharren, wächst. Dabei gilt es zu bedenken, daß sich die Regierung und mit ihr der größte Teil der weißen Bewohner Südafrikas immer noch als Vollstrecker eines religiös motivierten Zivilisationsauftrages auf dem Schwarzen Kontinent verstehen und sie früher